

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Post 2 RM, halbdarmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufschlaggebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel / Abrechnung: Dresden-Alt. / Hauptbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Anzeigenzeitung einschließlich an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt. / Hauptbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 3. März 1927

Nummer 52

Kommunisten an der Arbeit

Waffenbewegungen für die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland

Von W. Enderle (Berlin)

Zuletzt werden in fast allen Bezirken und Industriegruppen Deutschlands Bewegungen durchgeführt, deren Ziel Verkürzung der Arbeitszeit, Wiederherstellung des Achtstundentages ist. Die Bewegung hat im Oktober vorigen Jahres mit dem Hamburger Schmelzwerk eingeleitet. Sie hat sich im November und Dezember hauptsächlich in der Textil- und Schmelzindustrie geltend gemacht. Ende Dezember und im Januar erfolgte dann in der Industrie, hauptsächlich im Bergbau und in der Metallindustrie, Kündigung der bestehenden Arbeitszeitverträge um 31. Januar, 1. März oder 1. April. Eine Anzahl von Tarifvereinigungen ist inzwischen durch die Schlichtungsinstanzen vor Gericht, Ausperrungen bzw. freie Vereinbarungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften erledigt.

In den größten Bewegungen sind zurzeit im Gange. Hier sind die wichtigsten genannt. Im ober-sächsischen Bergbau ist das Arbeitsabkommen am 28. Februar abgelehnt, gefordert wird Verkürzung der Arbeitszeit von 8 1/2 auf 7 1/2 Stunden; im Ruhrbergbau ist das Arbeitsabkommen zum 31. März gekündigt, gefordert wird Einführung der Siebenstundenschicht an Stelle der jetzt geltenden Achtstundenschicht. Zum gleichen Termin läuft auch das Arbeitsabkommen im mitteldeutschen Braunkohlengruben ab. Dort wurde noch im Dezember der Tarif mit der bisherigen Schichtzeit durch Zwangsschiedspruch bis 31. März verlängert. Die Arbeiter fordern unbedingte Einführung der Achtstundenschicht und sind entschlossen, jezt ihre Forderung durch Kampf zu erzwingen. Im Kalibergbau ist der Arbeiter- und Lohnrat ebenfalls zum 31. März gekündigt. Die große Bedeutung ist auch die Kündigung der Lohn- und Arbeitsverträge bei der Reichshöhe, der Reichspost und den Kassen- und Staatsbetrieben zum 1. April.

In der Berliner Metallindustrie ist die Kündigung des Arbeitsabkommens der mehr als 180 000 Metallarbeiter umfaßt, zum 1. April befristet; in der ganzen Metallindustrie bereiten sich die Arbeiter zum Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages und entsprechende Lohnverbesserung beim Ablauf des Abkommens am 1. April vor. Hier ist ein schwerer Kampf um so zu erwarten, als in der Metallindustrie durch tiefste Schlichtungsleistungen in den letzten Monaten nach jahrelanger Härte eine Konjunktur eingeleitet ist. In der sächsischen Metallindustrie, mit Ausnahme des Bezirks Leipzig, wo der Kampf um die Arbeitszeit nach 18-tägigem Streik und Ausperrung vor wenigen Tagen entschieden wurde, läuft der Arbeitsvertrag zum 1. April ab. Ebenso in der Metallindustrie des Mitteldeutschlands.

In den Tarifgebieten: Solingen, Remscheid und Hagen, wo die Arbeiter am 31. Januar gekündigt wurden, sind nach langen Verhandlungen am 28. Februar ein provisorischer Schlichtungsbescheid zwischen den Arbeiter und Arbeitgeber in allen drei Tarifgebieten eine „normale“ Arbeitszeit von 8 Stunden und in den kontinuierlichen Betrieben und Betriebsabteilungen die 56 bzw. 58-Stundenwoche vor. Dieser Schlichtungsbescheid ist um so provisorischer, als in Solingen und Hagen die Arbeiter in einer großen Anzahl von Betrieben in den letzten Wochen durch entschlossene und zielbewusste Kampf um achtstündige Arbeitszeit erzwungen haben. Die Metallarbeiter haben daher auch diesen Schlichtungsbescheid einstimmig abgelehnt.

In der Textilindustrie ist es den Unternehmern mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen und infolge der reformistischen Taktik der Gewerkschaftsführer bisher gelungen, bei den Arbeitszeitverkürzungen in Thüringen, im Ost- und Westfalen und Sachsen die Forderungen und darüber hinausgehende Arbeitszeit aufrechtzuerhalten, bzw. die alten Tarife um 6 bis 12 Monate zu verlängern. Jedoch wurde das Unternehmertum dabei eine Erfahrung der Höhe von durchschnittlich 6 Prozent zehnjährigen Gehalts im Mittel, und niederländischen Gebiet ein Lohnkampf im Gange, bei dem schon mehrere Tausende von Textilarbeitern im Streik stehen und in den nächsten Tagen über 60 000 ausperrt werden sollen.

In folgenden deutschen Handwerksbetrieben liefen am 28. Februar die Arbeitsabkommen ab. Es besteht hier zwar eine Vereinbarung zwischen dem Handwerksrat und dem Unternehmerverband, wonach alle Differenzen bei Herabsetzung der Arbeitszeit durch eine zentrale Tarifkommission geregelt werden. Doch ist es sehr fraglich, ob es hierbei gelingt, ohne Kampf in einer Einigung zu kommen.

Außer diesen sind noch viele Hunderte von Tarifkonflikten in allen Berufs- und Industriezweigen im Gange. Erwähnt sei noch die in der chemischen Industrie, in den fünf Hauptgebieten: Braunschweig, a. M., Mannheim-Ludwigshafen, Bayern, Mitteldeutschland und Ost- und Westfalen. Die Arbeiterbewegungen im Gange sind. Im Frankfurter Gebiet ist schon ein Schlichtungsbescheid gefällig, der eine zehnprozentige Lohnverbesserung enthält. Ob die Arbeiter bzw. die Unternehmer den Schlichtungsbescheid annehmen, steht noch dahin.

Die Taktik der Unternehmer und Schlichtungsinstanzen ist die Termine der fünf Tarifgebiete so auseinander zu zerren, daß keine einheitliche Bewegung zustande kommt. Im Saar-gebiet, das durch die dort geltende Kantonsordnung eine ganz andere Lohnbewegung aufweist als im übrigen Deutschland, verläuft sehr, nachdem der Kantonsrat etwa im März gekündigt ist und sich befindet hat, die Unternehmer einen Lohnkampf zu erzwängen, obwohl die Reallohn- und heute noch unter den Vorkriegslöhnen stehen. Da die Arbeiter einen Lohnaufbau absehen, droht zurzeit die Ausperrung von mindestens 20 000 Metallarbeitern. Ähnlich liegt es bei den Bergarbeitern und einigen anderen Industriegruppen.

Die Eröffnung des 11. Parteitages der KPD

Essen, 2. März. (Eigener Drahtbericht.)

Seit Dienstag früh trafen hier ununterbrochen aus allen Teilen des Reiches Delegierte zum 11. Reichsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ein. Vor dem Hauptbahnhof ist eine Ehrenpforte errichtet, flankiert von zwei flatternden roten Fahnen. Gemeinsam mit den Essener Arbeitern marschieren die einzelnen Delegationen geschlossen zu den Gebäuden der Wärsgehallen an.

Unter Trommelwirbel, geigten Fahnen legten die Arbeiter aus Berlin und Hamburg, aus Schlesien und Halle zwei Kranze nieder mit dem Kampfspruch des 11. Reichsparteitages der KPD.

Am Abend fand zur Eröffnung des Parteitages ein Massenmeeting statt. Der große Saal des Nordparks ist eine Stunde vor Beginn überfüllt. Ueber den Köpfen der Massen leuchtete die Bilder von Lenin und Stalin, von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ueberall im Saal verteilt, von stammendem Rot umrahmt, Transparente:

Hände weg von China! — Hände weg von Sowjetrußland! — Es lebe der Befreiungskampf des internationalen Proletariats!

Ausländische Gäste sind anwesend, ein chinesischer Genosse, ein Amerikaner. Unsere russische, französische, englische und schweizerische Bruderpartei haben Delegationen geschickt. Die Parteitagdelegierten sind bis zum Abend aus allen Bezirken des Reiches eingetroffen.

Eine Kapelle des Roten Frontkämpferbundes intoniert die „Internationale“; begleitet folgen die Massen alle drei Strophen. Darauf erklärt Genosse Hugo Eberlein im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands den 11. Reichsparteitag für eröffnet. Nach Schluß der Eröffnungsrede erhält Genosse Pief

das Wort. Im Namen des 11. Reichsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt er den 11. Parteitag für eröffnet. Das 11. bezieht die Delegierten, die ausländischen Gäste und die wertvollen Massen des Ruhrgebietes. Hier in dem eigentlichen Herdgebiet des Großkapitals soll der Parteitag die Massen für die wertvollen Massen leuchten. Neue Massen, mit denen die Massen gegen den Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und Kapitaloffensive führen.

Hier, im Hauptgebiet des Zentrums, soll der Parteitag die Massen leuchten, mit denen sich das Proletariat aus der kulturpolitischen und unklaren Umklammerung des Zentrums befreit. Hier in Essen tagte vor zwanzig Jahren der Parteitag der alten Sozialdemokratischen Partei und hier in Essen war es damals Rosa L., der zum ersten Male dem Sozialparteilismus in einer großartigen Rede intervenierte. Hier in Essen vor zwanzig Jahren kam es zu scharfen Kämpfen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins gegen das immer tiefer werdende Vulkantum der Reformisten.

Und hier in Essen sollen jezt die Massen geschmeidet werden, welche zur Befreiung der Arbeiter von der reformistischen und dem Klassenkampf entgegengelegten Ideologie der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer dienen sollen.

Genossen! Wenn wir zu solchen Tagungen unserer Partei zusammenrücken, auf denen wir Rückschau auf geleistete Arbeit halten, um Kritik zu üben und Lehren zu ziehen, die Aufgaben der Partei festlegen, so gedenken wir dabei in erster Linie der Genossen und Genossinnen, die durch den Tod oder durch die Klassenjustiz aus unserer Mitte gerissen wurden. Wir gedenken Lenins, des großen internationalen Führers, wir gedenken Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Leo Juchacz. Wir gedenken ihrer mit dem Gelächern, mit immer härterer Kraft an der Vollendung des Werkes zu arbeiten, das sie einleiteten.

Zu einem prinzipiell und taktisch außergewöhnlich wichtigen Kampf kam es Anfang Februar beim Ablauf des Arbeitsvertrages in Leipzig. Der bisherige Tarif sah eine Arbeitszeit von 52 Stunden pro Woche vor. Die Arbeiter bzw. der Metallarbeiterverband forderten die Einführung der früheren bis 1924 geltenden Arbeitszeit von 46 Stunden pro Woche. Als es in wiederholten Verhandlungen zu keiner Einigung kam, erklärte der DMB den Kampf durch die Arbeitseinstellung von 6000 Metallarbeitern in einer Anzahl von Betrieben. Die Unternehmer riefen den Leipziger Schlichter an, der aber nicht wagte, einen Schlichtungsbescheid zu fällen, weil er einerseits nicht gegen die offensichtlich bestehenden Anweisungen des Arbeitsministeriums, seine Verkürzung der Arbeitszeit auszusprechen handeln wollte, aber andererseits auch unter dem Druck der kämpfenden Metallarbeiter es nicht für geraten hielt, sich für eine Verlängerung des bisherigen Tarifs zu entscheiden. Die Unternehmer merzten den nunmehr sämtliche Metallarbeiter in Leipzig, soweit sie für den Tarif in Frage kamen, etwa 25 000 Mann, aus und drohen gleichzeitig die Ausperrung in der Metallindustrie ganz Sachsen an. Dadurch wurde entsprechend der Absicht der Unternehmer, der sächsische Landesrat „aufgehoben“. Der Landesrat hat den Kampf der KPD und der Gewerkschaftsbewegung herbeigeführt, der aus der SPD und der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist und jezt Mitglied der KPD ist, war schon immer dafür bekannt, daß er nur Schlichtungsbescheide gegen die Arbeiter und im Interesse des Unternehmertums fällt. Er behält auch in diesem Falle die Diktatur, nicht nur die bisherige 52-Stunden-Arbeitszeit, sondern sogar die 58-Stundenwoche in einem Schlichtungsbescheid. Die Unternehmer nahmen die ein Schlichtungsbescheid sofort an, und als ihn die Arbeiter einstimmig ablehnten, beantragten sie nach berühmtem Muster, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung.

Den in den Kerkern der Republik schmachtenden Genossen geloben wir, alle Kraft für die Erzwingung einer Generalamnestie einzusetzen. Ich halte fest, daß ihr euch zu Ehren unserer Toten, zu Ehren unserer Eingekerkerten von euren Vätern erheben müßt.

Genossen! In diesen Tagen rufen die Unternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit. Die Konterrevolution rüdt zur Niederschlagung der Arbeiterkraft. Es rüdt die Regierung des Bürgerblods. Eine neue Welle des Faschismus ist im Anmarsch. Es rufen die Imperialisten zu neuen Kriegen. Immer enger wird der imperialistische Ring um die Sowjetunion. Immer jählicher und frecher sind die Maßnahmen gegen China. Dazu kommt die Kriegshetze der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die die Rolle der Handlanger der Imperialisten auch bei dem Sowjet-Granatenschwindel spielen.

Nur die Kommunistische Partei allein vermag gegen diese Kämpfungen auf allen Fronten die Klassenfeinde des Proletariats die Wucht zu organisieren und die Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterkraft zu schaffen, die einheitliche Kampffront aller Werktätigen in Stadt und Land herbeizuführen.

Zur Erfüllung unserer Aufgaben braucht die Partei die Mitarbeit jedes Parteimitgliedes für die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, zur Zusammenfassung der Sympathisierenden, die Verbindung mit der Opposition in der SPD und im Reichsbanner, die Stärkung der Opposition unter den aktiven Arbeitern.

Dazu brauchen wir eine einheitliche, geschlossene Partei: Die Kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, die revolutionäre Führerin: die Sowjetunion, die Weltrevolution. Sie lebe hoch!

Nach dem Genossen Pief begrüßt ein Hebel der Kapp-Verke, Genosse Becker, die Delegierten.

Nach dem Genossen Becker betritt der Genosse Eberlein die Tribüne und wört auf die immer größer werdende Gefahr der kapitalistischen Intervention gegen die Sowjetunion hin.

Es wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.“

Die Delegierten des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Tausende revolutionäre Arbeiter, übermitteln euch die herzlichsten revolutionären Kampfgrüße. Wie sind stolz auf die Macht der proletarischen Diktatur, die sich gerade in diesen Tagen anlässlich der provokatorischen Note Chamberlains neuerdings erwiesen hat. Wir fühlen uns eins mit euch in eurem Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden. Wir werden alle Kräfte aufbieten, um die deutsche Arbeiterklasse auf den Weg Lenins, den Weg der siegreichen Revolution zu führen. Die siegreiche russische Revolution steht in den Millionenmännern des deutschen Proletariats. Nichts kann das eiserne Band der Solidarität und Kampfgemeinschaft zwischen der deutschen und russischen Arbeiterklasse zerreißen.

Es lebe die Kommunistische Partei, der Sowjetunion, die Partei Lenins, die Verkörperung der siegreichen proletarischen Revolution!

Es spricht ein amerikanischer Delegierter, der die Größe der amerikanischen revolutionären Revolution überstrahlt.

Nach diesem Delegierten spricht ein Mitglied der „Stimmen aus dem Kampf“. Seine Ausführungen wurden mit ungeheurer Wucht angenommen.

Es wird einstimmig eine Begrüßungsbescheide an das 11. Reichsparteitag der KPD beschlossen.

Heute begannen die Beratungen, über die wir fortlaufend ausführlich berichten werden.

Die Unternehmern bezweifelten damit entsprechend der letzten Monate angewandten und im Zusammenhang mit dem Streik so früh zum Ausdruck gekommenen Methode durch die Schlichtungsinstanzen den Arbeitern das Streikrecht zu rauben und sie auf „geheimem“ Wege, durch Zwangsschlichtung zum neuen Lohn- und mehrkündigen Arbeitstag bei den denkbar niedrigsten Löhnen zu zwingen. Die Methode hat eine heftige Empörung und Erbitterung bei den Arbeitern ausgelöst, und auch der Gewerkschaftsführer, die dieser Schlichtungsbescheid keinen Widerstand entgegensetzten, ja sie unterließen, in immer größerem Maße bei den Massen gebracht. Da es sich nun bei dem Kampf in Leipzig um eine sehr gut organisierte Arbeiterkraft handelt, die nicht gewillt war, sich einem Zwangsschlichtungsbescheid zu fügen und sich das Streikrecht rauben zu lassen, da haben sich die Verbändeleitung des DMB, wie auch der am 15. und 16. Februar tagende DGB-Vorstand unter dem Druck der Massen gezwungen, in ziemlich scharfer Weise gegen die Spruchprotokolle der Schlichtungsinstanzen und gegen die Verbindlichkeitsklärung des sächsischen 58-Stunden-Schlichtungsbescheides aufzutreten. Der entschlossene Kampf der Leipziger Metallarbeiter, wie auch der Druck der empörten Massen hatten dann auch zur Folge, daß das Reichsarbeitsministerium die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung ablehnte. Das ist ein prinzipiell außerordentlich wichtiger Erfolg der Arbeiterkraft. Er beweist, daß bei entschlossenem Kampf der Arbeiter und vor allem bei einer entsprechenden Vorkämpfung der Gewerkschaftsstatistik, die gegen das Streikrecht gerichtete Schlichtungspraxis verhindert und unmöglich gemacht werden kann.

Der Schrei der Opfer der Nationalisierung

Die öffentliche Kreisokonferenz der Erwerbslosenvereine fordert zum Kampf gegen den Verschwendungswort der Bürgerblock-Regierung an!

Am 2. März 1927 fand in Dresden die Kreisokonferenz der Erwerbslosenvereine statt, die beauftragt war von 60 Delegierten, welche 14.000 Erwerbslose vertraten. Aus dem Bericht der Kreisleitung ist hervorzuheben, daß die Bildung der Erwerbslosenvereine Fortschritte gemacht hat. Der Bericht der Sächsischen Erwerbslosenleitung hat sich außerordentlich gelohnt.

Aus den Berichten der Bezirksvereine ging hervor, daß der ADGB und die Führerschaft der SPD in den einzelnen Gewerkschaftsbereichen den Kampf der Erwerbslosen isolierten. Der Kohlenbericht sagte, daß die aufgewachten Gelder zur Kampfführung verwendet wurden.

Der Genosse G. e. l. e. Berlin, Mitglied des Reichserwerbslosenvereins, referierte über „Bürgerblock und Erwerbslosigkeit“, zeigte die Ursache, warum es möglich war, eine Bürgerblockregierung zu bilden und wies darauf hin, daß die SPD bloßregieren zu können und wie darauf hin, daß die SPD die gesamte Reaktion in Deutschland will die Diktaturpläne Russlands verwirklichen, das bedeutet vollständige Anhebung in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Diesen Plänen der Reaktion muß die geschlossene Front der Arbeitslosen und der Arbeitenden gegenübergestellt werden.

Der Genosse B. e. l. e. Leipzig behandelte die Erwerbslosenversicherung, zeigte an Hand des österreichischen Beispiels, daß diese Versicherung dazu beitragen solle, die Arbeitslosen als willenlose Sklaven in die Landwirtschaft abzuschleppen und die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

Durch Inkrafttreten des Gesetzes wird die Lebenslage von 14 der Erwerbslosen ganz erheblich verschlechtert. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten scheiden aus der Versicherung ganz aus. Der ADGB und die SPD-Führer sind bereit, dieser Gesetzesvorlage ihre Zustimmung zu geben. Durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik des ADGB und die Burgfriedenpolitik der SPD haben die Reformisten der Bourgeoisie den Weg zur Entrechtung von Millionen Erwerbsloser gezeigt. Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist es, über die Köpfe dieser Renegaten die Kampffront herzustellen und die Durchführung dieses Schandgesetzes zu verhindern. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 2. März 1927 in Dresden tagende Kreisokonferenz der Erwerbslosenvereine schlägt dem Reichstag vor:

in Stadt und Land auf, gemeinsam mit den Erwerbslosen den Kampf gegen das Schandgesetz zu führen. Die Regierung des Bürgerblocks findet bei der Durchführung der Erwerbslosenversicherung die willige Unterstützung des ADGB und der SPD-Führerschaft. Diese Reformisten beweisen damit erneut, daß sie Helfershelfer der Reaktion sind und den Kampfwilligen des Proletariats zu brechen versuchen. Das deutsche Proletariat muß der Regierung des Bürgerblocks den heftigsten Kampf anlegen. Es gilt, durch Massenmobilisation diesen Schandstreich zu verhindern. Unter der Parole:

Sinweg mit der Regierung des Bürgerblocks! — Alle Kraft für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung!

Der Kampf geführt werden. Die sächsische Regierung hat gezeigt, daß sie die Politik der Heldt-Regierung weiter fortführt. Alle berechtigten Forderungen der Werktätigen haben die Regierung im Bündnis mit dem Bürgertum abgelehnt. Die sächsische Arbeiterschaft hat von dieser Regierung nichts zu erwarten. Es gilt, den Kampf für die Auflösung des Landtages aktiver weiterzuführen. Sinweg mit der Heldt-Regierung!

Die Erwerbslosen Ostdeutschlands verpflichten sich, die kommenden Wahlen der Arbeiterschaft zu unterstützen. Sie erkennen, daß die Lage des gesamten Proletariats nur verbessert werden kann, wenn Arbeiterlose und Arbeitende in einer Front ihres gemeinsamen Segnes niederringen. Wir erwarten von den Arbeitenden in den Betrieben, daß sie die Leistungen von Heberstundenarbeit verweigern, um dadurch die Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess zu ermöglichen.

So lebe das Kampfbündnis der Werktätigen in Stadt und Land! — Nieder mit der Reaktion!

Ein Antrag, der fordert, daß der Sächsische Landtag die sächsische Regierung an alle Erwerbslosen in der Höhe der vollen Rente zu gewähren, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Forderungen und der Rekrate. Die Delegierten gelobten, mit allen Kräften die Arbeitslosen zu mobilisieren und

die Verbindung mit den in Arbeit stehenden herzustellen, um den Verschwendungswort zu beenden.

Mit dem Gehalt der Internationale fand die von Kampfgestalt getragene Konferenz ihren Abschluß.

Konterrevolution und Imperialisten Hand in Hand gegen Kanton

London, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die englischen und italienischen Truppen haben außerhalb der internationalen Niederlassungen weitere Stellungen in Shanghai bezogen. Die englischen Militärbehörden beabsichtigen, ganz Shanghai zu besetzen. Die französischen Truppen in Shanghai haben weitgehende Vollmachten erhalten, um die Sicherheit der französischen Niederlassung sicherzustellen. Sie arbeiten eng zusammen mit den englischen Behörden. Ein japanischer Kreuzer und drei japanische Torpedoboote sind gestern nachmittags in Hongkong angekommen. Der holländische Kreuzer „Sumatra“ liegt im Hafen von Shanghai und hält sich bereit, eine Abteilung Matrosen ans Land zu setzen. General Meng, einer der führenden Generale von Sun, ist mit seinem Stab desertiert, nachdem er sich weigerte, an der Seite Tschang zu kämpfen. Meng ist mit 10.000 Mann zur Kantonarmee übergegangen. Durch den Abfall des Generals Meng ist die ganze Armee Suns in einer Stärke von 24.000 Mann von Sunghiang zurückgezogen und durch Tschangtruppen ersetzt. General Tschang ist nunmehr alleiniger militärischer Herr von Shanghai. Die Kantonesei sollen ihre Strategie geändert haben, um von Nanking, nördlich Shanghai, die Nordtruppen abzuschneiden, während die Nordtruppen einen ähnlichen Plan versuchen in der Hoffnung, die Kantonesei zur Räumung von Hankau zu zwingen.

Zurückziehung der Truppen Suns von Sunghiang

London, 2. März. (Telunion.)

Wie aus Nanking berichtet wird, hat General Sun Warshall Tschangtruppen seinen Rücktritt angeboten. Die Zurückziehung der Armee Sunghiang, deren Stärke noch auf 24.000 Mann geschätzt wird, hat bereits begonnen. Die bisherigen Stellungen des Generals Sun hat die Schantungarmee eingenommen, deren Vorhut sich schon in Sunghiang befindet.

England in Shanghai isoliert

London, 2. März. (Telunion.)

Sir Austen Chamberlain teilte heute im Unterhaus mit, daß die französische und amerikanische Regierung unaufgefordert von der britischen Regierung zum Schutze des Lebens und Eigentums ihrer Staatsangehörigen handeln.

Reine russ. Ausweise für englische Chinareisende

London, 2. März. (Telunion.)

Wie aus Shanghai berichtet wird, hat das dortige russische Konsulat es abgelehnt, britischen Reisenden in China für die Reise auf der transsibirischen Eisenbahn Ausweise auszustellen. Diese Weigerung wird im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Spannung zwischen der britischen Regierung und Sowjetrußland gebracht.

Macdonald hekt mit

London, 2. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Macdonald will hinter Chamberlain und Lord Birkenhead nicht zurückweichen. In den Spalten des Daily Herald führt er die Sowjetische Chamerlain durch folgende Ausfälle: „Ich muß sagen, daß die Aktionen der 3. Internationale in der Tat nicht als vollkommen außerhalb der Rotwendigkeit der Sowjetregierung betrachtet werden können, und ich zweifle daran, ob Moskau seine Behauptung, daß dem nicht so wäre, mit Erfolg aufrechterhalten könnte. Ich wünsche keineswegs, daß irgendein fremdes Land die Freiheit hat, mit uns (!) Anstreben in der Welt Schindluder zu treiben.“

Diese freche Unterjochung der Kriegsebene gegen die Sowjetunion hat ihren Vorläufer in der Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Sozialdemokratie. Aber die sozialpolitischen Kriegsebene englischer und deutscher Arbeiter lernen bei Prof. Macdonald werden sich dieser Einheitsfront im Stumpf des Patriotismus nicht anschließen. Sie stehen in England wie in Deutschland auf der Seite Sowjetrußlands!

Die Zentrale der griechischen Sozialdemokratie tritt zur kommunistischen Partei über

Athen, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei Griechenlands empfiehlt ihrer Mitgliedschaft den Eintritt in die kommunistische Partei Griechenlands, die die einzige Partei des Sieges des Proletariats ist, „da die Periode der reformistischen Ideologie vorbei“ ist. Diese Konterrevolutionäre ist die Widerspiegelung der starken Radikalisierung der Arbeiterschaft, die sich auch in einem wachsenden Widerstand gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik äußert. Der Kongreß der griechischen Lebensmittelarbeiter hat den Anschluß an die KRG beschlossen.

Die sächsischen Metallindustriellen sperren nach Abschluß der Verhandlungserklärung die Metallarbeiter in ganz Sachsen aus. Jedoch zeigte es sich hierbei, daß die Unternehmerfront sehr wenig einheitlich und geschlossen war. Einmal wurde — wie man erst später erfuhr — der Ausperrungsbeschluß in der Metallindustriellenversammlung nur mit einer Stimme Majorität, mit 69 gegen 68 Stimmen, gefaßt, zum anderen weigerten sich sehr viele Unternehmer, ganz besonders eine Reihe von Großbetrieben in Dresden, dem Ausperrungsbeschluß nachzukommen.

Durch den Kampf der Leipziger Metallarbeiter, und noch mehr durch die offensichtliche Uneinigkeit der Unternehmer, zeigte sich der Kampfswille der gesamten sächsischen Metallarbeiterfront von Tag zu Tag. Die sächsische Regierung erlitt durch die Gefahr dieser Massenstimmung. Sie bereitete daher schon drei Tage nach Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung beide Parteien zu neuen Verhandlungen nach Dresden. Bei den Verhandlungen zeigte sich sofort, daß die Unternehmer an Terrain verloren und ein Interesse an einer möglichst raschen, für die günstigen Beendigung des Kampfes hatten. Diese Situation wurde jedoch von den Gewerkschaftsführern nicht entsprechend ausgenutzt. Trotz der günstigen Erfolgsmöglichkeiten verweigerten sie noch vorübergehend auf die 48-Stundenwoche und verhielten sich in eine feste Vereinbarung ein, die formal — wie üblich — die 48-Stundenwoche vorsieht, aber faktisch die 48-Stunden Arbeitszeit festlegt.

Die reformistischen Verbandsführer feierten die Vereinbarung als einen großen und vollen Erfolg. Sie beschwanden die Arbeiter, daß nur dann die Arbeitszeit über 48 Stunden bis zu 51 Stunden verlängert werden dürfe, wenn keine arbeitslosen Metallarbeiter für den in Frage kommenden Beruf mehr vorhanden sind. Durch die reformistische Propaganda wurde ein großer Teil der kämpfenden Metallarbeiter in Leipzig getäuscht, so daß schließlich die Vereinbarung bei einer Abstimmung der Metallarbeiter mit 53 gegen 17 Prozent angenommen und damit die Bewegung beendet wurde. Sofort nach Abschluß der Vereinbarung durch die Arbeiter — die Unternehmer hatten sofort zugestimmt — widerlegten die Metallarbeiterstellen den reformistischen Schwindel öffentlich in der Presse. Sie wiesen nach, daß die Vereinbarung keinerlei Vorteile in Bezug auf das Vorhandensein von Arbeitslosen enthalte, und daß die Unternehmer, die die Arbeitszeit auf 51 Stunden verlängern wollen, nur notwendig hätten, sich mit ihrem Betriebsrat „im Benehmen“ zu setzen, d. h. sich von der Arbeitsetzungsveränderung lediglich Mitteilung zu machen, ohne auf dessen Zustimmung angewiesen zu sein.

So zeigt das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beim Leipziger Metallarbeiterkampf ganz klar, daß sie nicht daran denken, diejenige Massenbewegung im ganzen Reich zu einem wirklich ernsthaften Kampf für die Einführung des Achtstundentages und entsprechender Lohnerhöhung auszunutzen, sondern daß die jetzigen Bewegungen von der SPD nicht mehr zu Beurteilungen der Bourgeoisie benutzt werden. Die SPD ist bei der Bildung der Bürgerblockregierung völlig ausgeschaltet worden. Sie hat allen Grund, dem Kapital zu beweisen, daß sie in negativem wie positivem Sinne immer noch ein wichtiger Faktor ist und großen Einfluß auf die Arbeiterfront ausübt. Sie hat im Leipziger Kampf gezeigt und zeigt es durch die Unterstützung oder Begünstigung der vielen Arbeiter- und Lohnbewegungen, daß sie dem Unternehmer sehr schädlich und unangenehm werden kann, daß sie aber andererseits kein Interesse an wirklich entscheidenden Kämpfen der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum hat. Kurz, die SPD- und Gewerkschaftsleitungen führen die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Bewegungen nur mit der Absicht, der Bourgeoisie ihre Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit als Koalitionspartner in der Regierung zu beweisen. Um so mehr haben die Arbeitermassen daraus zu lernen, daß sie die jetzigen Kämpfe planmäßig und konsequent weitertreiben müssen, daß der entscheidende und entscheidende Kampfschlacht für den Achtstundentag und weitere Verbesserung der Arbeitszeit der beste und wirkungsvollste Kampf gegen den Bürgerblock ist.

Volksbegehren der Aufwertler

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und Mieterorganisationen hat heute dem Reichsminister des Innern eine Gesetzesvorlage überreicht mit dem Antrag, sie zur Abstimmung in einem Volksbegehren zuzulassen. Der Gesetzesentwurf sieht die Zurückführung des noch vorhandenen Vermögens aus der Hand des Schuldners in den Besitz des rechtswähigen Gläubigers bis zur Befriedigung seiner vollen Ansprüche vor. Zugleich wird beantragt, die Miete für Wohn- und Gewerberäume für die Dauer von zehn Jahren auf die Höhe der Friedensmiete gesetzlich festzulegen.

Da die Marx-Regierung bereits im nächsten Jahre ein Volksbegehren der Aufwertler nicht zulassen, so werden die Organisationen erst einmal um die Zulassung dieses Volksbegehrens zu kämpfen haben. Wie beim erstenmal, wird die kommunistische Partei die Aufwertler beim Kampf um die Anerkennung ihres Begehrens mit aller Kraft unterstützen, da auch die Bürgerblock-Regierung Marx mit Hilfe der Zulassung des Begehrens verweigern will.

Den notleidenden Inflationsopfern und geschädigten Heinen Mietern muß jedoch gesagt werden, daß sie nur etwas durchsetzen werden, wenn sie sich einreihen in die Front der Werktätigen, die mit allen Mitteln gegen das Bürgerblock-Regime kämpfen.

Wie Max Hoelz Kommunist wurde

Der Genosse Georg Schumann schilderte kürzlich in einem Artikel: „Sein Anfang“, wie Max Hoelz als Gefreiter mit ihm zusammenlief, und die ersten Lehren des Kommunismus empfing. Schumann war damals wegen antimilitärischer Agitation vor ein Kriegsgericht gestellt worden und Hoelz als Gefreiter vermittelte den Verkehr zwischen ihm und den Gefangenengenossen.

Hoelz' erste Bekanntschaft mit einem Kommunisten machte aus ihm einen nachhaltigen Eindruck und hat seine politische Entwicklung entscheidend beeinflusst. Ein Brief, den er am 29. Oktober 1922 an Georg Schumann in Halle, geschrieben hat, schildert dieses Zusammenreffen in recht anschaulicher Weise und zeigt zugleich, wie Hoelz im Laufe der Jahre sich von ultralinken KAP-Politischen Auffassungen zum Marxismus und Kommunismus durchgearbeitet hat.

„Nieder Genosse Schorich!“

Genosse Hegewilch sandte mir ein Exemplar der Broschüre „Max Hoelz, der gemeine Verbrecher“ mit einem Vorwort von Dir. Genosse Hegewilch sagte mir auch, daß Du und die Genossen in Halle recht demütigt seien, um eine Änderung meiner Lage herbeizuführen. Ich danke Dir und allen Genossen dort für Eure Bemühungen.

Zu Deinen Ausführungen in der Einleitung der Broschüre will ich Dir kurz die Dinge von meinem Gesichtspunkte aus mitteilen.

Als ich auf die eigenartige Welt 1917 in Gallien meine Gefangenenschaft machte, hing ich vollkommen in der Luft. Das Alte in mir fürchte, etwas Neues konnte ich nicht finden, dafür sollte jede Katastrophe und Antagonie. Den allerersten Schimmer einer neuen Weltanschauung für mich, der gleich Blitzstrahlen meine inneren Kämpfe beleuchtete, hast Du mit dem damals vermittelt. Nicht allein durch das, was Du bei Dir hattest, sondern vor allem auch durch die ganze Art Deines Wesens, Deines Auftretens. Deine damalige göttliche Ruhe und absolute Sicherheit hat einen nicht geringen Eindruck auf mich gemacht, ebenso aber auch auf die anderen. Wer in dieser Situation sein seelisches Gleichgewicht bewahrte wie Du, der machte seiner Sache verteuert sicher sein; das war der erste und nachhaltigste Eindruck, den ich von Dir empfing. Allgemein wurde angenommen, daß Dir das famose Kriegsgericht in Jahre Zustimmung ausgingen würde. Der Schreiber von der Triestkommandantur, ein mit allen Sinnen geschärfter Junge, gab

uns dann ein anschauliches Bild von der Verhandlung vor dem Kriegsgericht. Er hatte an der Tür gelauscht, darin war er nachkommend und schilderte, wie Du mit Deiner Ruhe den Kriegsgerichtsrat aus der Ruhe gebracht hast und ihm Ruhe zwischen die Zähne klemmst, an denen er sich die Zähne ausbißt. Der Gedanke an Dich, Deine Worte und Ziele hat mich dann nie wieder losgelassen. Ich fuhr dann nach Leipzig und erfuhr die mit der Leipziger Volkszeitung noch Deinem Aufenthalt und erfuhr dort, daß Du noch nicht zurück, aber doch wohl auf dem Rückmarsch bist. Und dann gelang es mir doch, Dich für eine Vernehmung in Kalkstein zu gewinnen. Dich mich warst Du jedenfalls damals der Inbegriff des neuen Weltens. Doch dann bei mir das Gefühl mit dem Verstande durchging, war wahrhaftig kein besonderes Wunder. Mir fehlte jede theoretische Grundlage. Ich fühlte das Neue, das Werden aus dem Vergangenen, aber kein eigentliches Wissen, keine wichtigsten Zusammenhänge verstand ich nicht zu erkennen.

Seit unserem letzten Zusammensein habe ich ja nun allerdings eine harte Schule durchgemacht, und ich glaube ich habe in dieser Schule manches gelernt. Es wäre aber auch gut, wenn andere Genossen mit aus meinen Fehlern gelernt hätten. Ich meine damit vor allem die Genossen in der kommunistischen Arbeiterpartei, bei den Kämpfern und in der KAP. Wer heute noch von diesen Genossen auf dem Standpunkt der Einzelaktion, der sogenannten Propaganda der Tat und anderer isolierter Methoden der KAP steht, der hat nicht gelernt aus der Vergangenheit und wird kaum jemals etwas daraus lernen. Für sie ist es besser, wenn sie ihr Domizil auf der Kabineninsel aufschlagen und dort Trödeln jagen. Es gibt nur einen Weg, um vorwärts zu kommen nach all den mannigfachen Rückschlägen der letzten Jahre: Sammlung aller revolutionären Kräfte im Rahmen der KAP, keine Einzelaktion, sondern einheitliches Handeln unter zentraler Leitung im Sinne des kommunistischen Programms. Alles andere, auch wenn es noch so gut gemeint und mit Tapferkeit ins Werk gesetzt wird, führt immer nur zur Zersplitterung und Zermürdung wertvoller Kräfte, ohne der Sache auch nur im geringsten zu nützen. Die Genossen von der KAP und von allen den anderen kleinen Gruppen und Gruppchen müssen einmal den Mut aufbringen, etwas zu tun, was schmerzhaft ein Rückwärtsgehen ist, in Wirklichkeit aber nur eine Sammlung aller Kämpfer. Die Genossen von der KAP, der KAP im. in Halle, Merseburg, Dessau, Delitzsch, Eisleben und in Leipzig müssen ihren Brüdern in der KAP die Hände zu einem festen Bande reichen, dann kann das Hörnig und seine Handlanger die Zähne ausbeißen an dieser Palast.

Volksbewilligte Film „Leuchte“

Nichtere Sowjetfilme laufen jetzt gleichzeitig in Berlin, von denen besonders der Film „Streik“ von Eisenstein die Anhänger des Schand- und Schmutzgeschäftes auf die Beine gebracht hat. Eine Fortsetzung in neuer Auflage ist im Gange. Man lese nur, was die Kreuzzeitung schreibt:

„Dieser „Streik“ brach sich letzten Endes um die Frage der Arbeitszeit und um eine dreizehntägige Lohnreduktion. Wie den Eindruck ein Film, der solche Forderungen der Arbeiterschaft zum Gegenstand hat, in der augenblicklichen Situation hervorgerufen kann, brauchen wir nicht darzulegen. Was hat sich die Filmprüfstelle, auf die die ganze Verantwortung dafür fällt, eigentlich dabei gedacht? Anreizung zum Klassenkampf auf Grund der Reichsregierung, sogar strafrechtlich verurteilt. Hier haben wir sie in Reinkultur. Das Aufrufen gegen die Machtmittel des Staates, Militär und Polizei. Wir verlangen, daß der Reichsinnenminister endlich die Initiative ergreift und dafür sorgt, daß auch von der Filmprüfstelle die Interessen des Staates entsprechend gewahrt werden. Es ist höchste Zeit, eine andere Zusammenlegung herbeizuführen. Hier ist keine, die, groß und unflätig aufgetragene Tendenz ohne jede Verschleiierung.“

Jawohl, proletarische Tendenz ohne jede Verschleiierung, ist nicht, wie die Arbeiter ausgebeutet, wie sie mit Füssen getreten werden, wie die Spitze der Polizei ihre Präsenzorganisation organisierten, bis das Militär den Streik im Rufe der Arbeiter zerschlug. Gegen alle Verläufe diesen künstlerisch hochstehenden, aber erbitterten Klassenkampf aufsteigenden Film zu unterdrücken, ist energigste Front gemacht werden.

Der Deutsche Reichstag fürchtet sich vor der Öffentlichkeit!

Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Filmprüfstelle hat den Filmstreifen, der die letzten stürmischen Reichstagsdebatten im Film festhielt, verboten, weil er technisch schlecht sei und außerdem eine Verhöhnung des Reichstages bewirken könne.

Dresdener Volksbühne E. F. Für die Marschenaufführung in der Konöle am Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, erhalten Mitglieder der Dresdener Volksbühne Karten für 50 Pf. bis Sonnabend nachmittags 2 Uhr in der Geschäftsstelle.

Der Einbruch der „Partisanen“ bei Jürgens

Der Justizverbrecher wiederholt die Lüge von den „kommunistischen Einbrüchen“. — Der „große Unbekannte“.

Der letzten Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergab es sich, daß die Angaben, die Jürgens über den Einbruch in sein Haus gemacht hat, nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

Die Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergaben, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

Die Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergaben, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

„kommunistischen Einbrüchen“. — Der „große Unbekannte“.

Es kommt nun die Sprache auf die mutmaßlichen Täter. Jürgens: Es ist möglich, daß ich in Kolberg persönliche Bekanntschaft mit einem oder mehreren der Täter des Einbruchs in mein Haus gemacht habe. Ich habe dort als Untersuchungsrichter des Landgerichtshofes eine kommunistische Partisanengruppe ausgebildet und bei 10 bis 15 Leuten Hausdurchsuchungen veranstaltet. Diese Leute sind zum Teil sehr schwer bestraft worden. Aber gerade wenige Tage vor dem Einbruch ist die Hindenburg-Kasse erlassen worden und einige Angehörige der Partisanengruppe sind dadurch freigelassen. Immerhin ist es doch nicht ganz ausgeschlossen, daß es auch ganz gewöhnliche Taschendiebe gewesen sein können.

Aus einer weiteren Frage des Vorsitzenden wird dann festgestellt, daß eigentümlicherweise der Stargarder Diebstahl einige Tage später verübt wurde, nachdem die Untersuchung der Kolberger Angelegenheit als ergebnislos abgeschlossen worden war. Um diesen Umstand zu erklären, erklärt Jürgens: Ich habe aber dann selbst die Akten des Kolberger Falles von Kollin kommen lassen und erklärt, vielleicht ist da ein gemeinsamer Konnex (natürlich Herr Jürgens behauptet ja, es wären beide Male die Kommunisten) und habe dann selbst veranlaßt, daß die Kolberger Angelegenheit noch in die Stargarder Dinge mit hineingelesen wurde.

Vorsitzender zu Frau Jürgens: Es ist gegen Sie der Vorwurf erhoben worden, daß Sie vielleicht in Abwesenheit Ihres Mannes allein diesen Einbruch veranlaßt haben, um die Versicherungssumme zu bekommen, weil Ihre Schulden damals schon 8-10000 Mark betragen.

(Diesen Vorwurf kann nur Jürgens selbst als Eventualität erheben haben, für den Fall, daß man ihm kein Partisanenmädchen nicht glaube.)

Frau Jürgens beteuert sehr erregt, daß sie den Einbruch allein veranlaßt habe. Nachdem Frau Jürgens auch persönlich verurteilt wurde, die Höhe ihrer damaligen Schulden zu bezeichnen, wurde nach 240 Uhr die Sitzung vertagt.

Rufen der Welle. Durch Kieselsteine und Propaganda im Ausland soll der Ansehen erweckt werden, als sei in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft alles in bester Ordnung, während tatsächlich die Wirtschaft aus ihrer Dauerkrise nicht mehr herauskommt. Es ist ein Stand, wie die Vertreter der Unternehmenseigenen aus dem Handgeleit Hunderttausende für die Welle neu anwerben, während sie bei den loyalen Ausgaben um jeden Pfennig den härtesten Kampf führen. Nahezu eine halbe Million soll zur Förderung des Luftfahrwesens ausgeworfen werden. Hier liegen die Dinge so, daß der Staat das Luftfahrwesen mit seinen Mitteln aufbaut und daß später die Privatindustrie mit seinen Mitteln aufbaut und daß später die Privatindustrie mit seinen Mitteln aufbaut.

Von den bürgerlichen Parteien — einschließend der SPD — wurde der Reifebeitrag von 100 000 RM bewilligt. Wie die Sozialdemokratie ihre Opposition gegen den Bürgerstad aufhob, zeigte sich wieder einmal deutlich bei der Beratung der Zuschüsse für die Welle und für das Luftfahrwesen. Gegenüber den Ausführungen Böttchers erklärte Liebmann: „Selbst wenn in Leipzig eine sozialdemokratische Stadtverwaltung am Ruder wäre, würde sie Mittel für die Welle bewilligen. Wenn wir in Sachsen die Regierung in der Hand haben, müssen wir ebenfalls Mittel für die Welle einstellen!“ Der „linke“ Liebmann teilt also vollständig den Standpunkt von Keil auf dem Geldelberger Parteitag: „Unsere Opposition muß so gehalten sein, als ob wir morgen in der Regierung unsere eigenen Anträge durchführen müßten.“

Dabei mußte Liebmann selbst zugeben, daß die Welle eine kapitalistische Einrichtung ist, daß die Unternehmer den Kurven und die arbeitende Bevölkerung keinerlei Vorteile von der Welle hat. Auch für die Bewilligung der Mittel für das Luftfahrwesen setzte sich Liebmann ein. Gegenüber der Feststellung Böttchers, daß die Privatgesellschaften aus eigenen Kräften das Luftfahrwesen aufbauen müßten, erklärte Liebmann, daß sich die SPD den Staatsnotwendigkeiten beugen müsse. Nachdem Liebmann seine üblichen Schimpferellen gegen die Kommunisten vorgebracht hatte, mußte er sich jedoch wieder einmal in das Schlepptau der Kommunisten begeben und gegen die Mittel zur Förderung des Luftfahrwesens stimmen. Seinen eigenen Parteigenossen war nämlich die Sache zu bumm geworden, und nachdem ein Abtrieb von 100 000 RM von der halben Million für das Luftfahrwesen abgelehnt worden war, mußte Liebmann mit gegen die ganze Position stimmen.

Siebes-Aden und Pensionen

Der Klassencharakter des Etats der sächsischen Bürgerkammer zeigt sich bei den Beratungen der Kapitel über Handel und Gewerbe im Haushaltsauschuss A des Landtages besonders deutlich zum Ausdruck. In diesem Kapitel werden von der Regierung neben großen Zuschüssen zur Förderung der Gewerbe und der verschiedenen Landesstellen sowie Organisationen hohe Beiträge für die Leipziger Welle, die Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden 1927 und die Förderung des Luftfahrwesens gefordert. Als Staatsbeitrag für das Museum für die Kultur der Welle in Leipzig werden 100 000 RM und für Förderung des Luftfahrwesens 400 000 RM angefordert; außerdem soll der Staat einen Garantiedarlehens für die Dresdner Jahreschau in Höhe von 50 000 RM leisten.

Der Aufbau des Polizeiparates in Sachsen

Von Robert Siemert, Chemnitz.

Wir haben uns schon mehrere Male eingehend mit dem Polizeiparate beschäftigt und gezeigt, welche Ausgaben für die Polizei in Sachsen gemacht werden. Auf Grund verschiedener Anregungen und Entwürfen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß es notwendig ist, auch einmal etwas über die Organisation des Polizeiparates zu schreiben.

Die sächsische Polizei gliedert sich in 5 Abteilungen. Die Abteilung A handelt von den Polizeiamtoren. Polizeiamtoren gibt es in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau.

An der Spitze der Polizeiamtoren in Dresden, Leipzig und Chemnitz steht je ein Polizeipräsident; an der Spitze der Polizeiamtoren in Plauen und Zwickau steht je ein Polizeidirektor.

Die Polizeipräsidenten werden nach Gehaltsgruppe A XIII bezahlt, die Polizeidirektoren nach Gehaltsgruppe B II.

An der Spitze der Polizeiamtoren stehen insgesamt 19 Beamte.

Die Verwaltungs- und Kassenangelegenheiten bei den Polizeiamtoren werden erledigt von 740 Beamten, die nach den Gehaltsgruppen X bis III bezollet werden. Gehaltsgruppen X bis III bezollet werden. Gehaltsgruppen X bis III bezollet werden.

Bei den Polizeiamtoren gibt es insgesamt 1900 Vollzugsbeamte. Auffallend ist auch hier die große Zahl der Offiziere. Die Bezirkspolizei setzt sich aus 20 Beamten zusammen. Die Bezirkspolizei setzt sich aus 20 Beamten zusammen. Die Bezirkspolizei setzt sich aus 20 Beamten zusammen.

Die Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergaben, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

Die Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergaben, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

Die Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergaben, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

Die Verhandlungen im Jürgens-Prozess ergaben, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen. Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angaben Jürgens über den Einbruch in sein Haus nicht mit dem Vorlesungsbuch des Gerichts übereinstimmen.

Nach dem Verrat - Kommunistenhebe

Al. M. Der Chemnitzer Volksstimme wird von der gesamten bürgerlichen Presse nachgewiesen, daß sie die Metallarbeiter über den Fortschritt der Verhandlungen belogen hat. Sie hat das „Benachmen“ für die 48. bis 51. Stunde in das „Benachmen“ umgefächelt und behauptet, in Leipzig dürften die Arbeiter über die Verhandlungen nicht im Klaren sein. Der Verband Sächsischer Metallindustrieller läßt sich nicht täuschen, daß in Leipzig eine solche Bestimmung nicht gemacht werden kann. Der Chemnitzer Volksstimme wird damit bestätigt, daß die Arbeiter zu täuschen und sie mit größerer Sicherheit auf Erfolg an die Unternehmer zu verraten. Die Chemnitzer Volksstimme vertritt über diese Bestimmung der Unternehmer kein Wort. Sie bringt dafür aber eine neue Schwärzerei. In der Nummer 45 schreibt sie:

(Eigene Telephonat.)

Heute vormittag um 9.30 Uhr werden sich die Leipziger Metallarbeiter in ihren Bezirksversammlungen zusammenfinden, um zu dem Dresdner Einigungsversuch Stellung zu nehmen. Unmittelbar danach wird in den Betrieben die Abstimmung vorgenommen werden, die bis 4 Uhr nachmittags durchgeführt sein muß.

Der Ortsausschuß des Deutschen Metallarbeiterverbandes empfiehlt, wie wir bereits gestern ankündigten, die Annahme des Dresdner Vorschlages. Wie wir hören, ist mit einer großen Mehrheit für diese Vereinbarungen zu rechnen.

Interessant ist die Haltung der kommunistischen Metallarbeiter. In verschiedenen Betrieben, in denen die Unternehmer sofort die Arbeit wieder aufnehmen lassen wollten, erklärten sich die kommunistischen Arbeiter hierzu bereit und konnten nur mit Mühe durch den Verband davon abgebracht werden. Als sie darauf hingewiesen wurden, daß die Ortsverwaltung ja die Annahme des Einigungsverschlages empfiehlt, meinten die Kommunisten, das sei gar nicht nötig, die Arbeiterklasse würde ohnehin dafür stimmen. In der Praxis sind also die Kommunisten viel schlimmere „Verräter“ als die „reformistischen“ Führer, die in der kommunistischen Presse so mißlich beschimpft werden.

Dieses „eigene Telephonat“ ist ein noch viel größerer Schandfleck, als die Mitteilung über das Abkommen zwischen den Metallarbeitern und Gewerkschaftsführern. Mit dieser Meldung wird die Kommunistenhebe gegen die Opposition der Metallarbeiter eingeleitet. Die Reformisten brauchen den betrogenen Arbeiter gegenüber eine Ablenkung, um wegen ihres Verrates der 48-Stundenwoche von den Arbeitern nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. An der Meldung ist kein Wort wahr!

Die reformistischen Führer befinden sich in einer sehr schlechten Lage. Die Metallarbeiter im ganzen Lande waren gewillt, den streikenden Metallindustriellen mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Reformisten haben vom Beginn der Bewegung in Leipzig alle Vorschläge der Opposition in den einzelnen Versammlungen in der schärfsten Weise bekämpft. Sie schämten es ab, in Leipzig statt der 6000 Metallarbeiter die gesamten nachbeschäftigten Betriebe herauszuholen. In der Bezirksversammlung waren es die Führer des Metallarbeiterverbandes, die es ablehnten, die aktive Solidarität der gesamten Leipziger Arbeiterklasse in Anspruch zu nehmen. Die Vorschläge, die Gewerkschaften in den Dienst des Kampfes zu ziehen, die Frauen der Kampfenden und die Erwerbslosen in großen Versammlungen zusammenzunehmen, gemeinsam große Demonstrationen der Streikenden und Ausgesperrten zu veranstalten, kämpften sie in den Versammlungen nieder. Sie taten alles, um eine Verbreiterung der Basis des Kampfes und damit eine Stärkung der Kampfenden zu verhindern, um in der Lage zu sein, den Kampf jederzeit abzubauen. Die Vorschläge der Kommunisten im Gemeindeparkament, die Fürsorgeeinrichtungen zu schließen und die Streikenden und Ausgesperrten einzuschließen, beschimpften sie als unzulässig und stimmten mit den Bürgerlichen gegen die kämpfenden Metallarbeiter. Mit diesem Kampfe wollten sie die Leipziger Metallarbeiter vollständig von der Leipziger Arbeiterklasse und verhindern, daß die Einrichtungen des Staates, der nur von der Arbeiterklasse erhalten wird, von den streikenden Metallarbeitern zur Stärkung ihres Kampfes benutzt werden könnten.

Trotz dieser Sabotage der reformistischen Führer gelang es, den geschlossenen Kampfeswillen der Arbeiter, den Schandspruch des Landesparlamentes über die 58-Stundenwoche zurückzuführen. Anstatt des Kampfeswillens der Arbeiter hätte die Reichsregierung nicht den Mut, mit dem Mittel der Rechtsverbindlichkeit die Arbeiter unter diesen „Schiedspruch“ zu zwingen. Die Zerrissenheit im Unternehmerlager und der entschlossene Wille der Arbeiter zwangen die Industriellen zu Zugeständnissen, obwohl der Kampf erst in der Entwicklung begriffen war. Die

Arbeiter wären in der Lage gewesen, die Unternehmer zur 48-Stundenwoche zu zwingen, wenn der Kampf auf die von der Opposition vorgeschlagene Weise verbreitert und vertieft worden wäre. Statt den Kampf weiter zu treiben und die für die Arbeiter günstige Situation auszunutzen, kommen die Reformisten den Unternehmern zu Hilfe und würgen den aussichtsreichen Kampf um den Achtstundentag ab.

Wie wenig ernst es den reformistischen Führern um die Durchführung des Kampfes für die 48-Stundenwoche zu tun war, zeigt die Tatsache, daß sie in Leipzig bereits eine Abstimmung vornehmen ließen, nach der Vertagung des Brandischen Schiedspruches. Damals empfahlen sie zwar die Ablehnung. Wäre aber das Abstimmungsergebnis ein solches gewesen, daß die statutarische Mehrheit für die Weiterführung des Kampfes nicht zustande kam, dann wäre der Kampf bereits damals abgebrochen worden und die Arbeiter hätten eine schwere Niederlage erlitten. Bei der Abstimmung über die 51-Stundenwoche hat die Ortsverwaltung Leipzig an ihre reformistischen Funktionäre die Anweisung herausgegeben, sie mühten unter allen Umständen dafür sorgen, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde. Die reformistischen Funktionäre haben ihre Schuldigkeit getan und die Abstimmung so beeinflusst, daß nun mit Hilfe des Statutes die Arbeiter statt der 48-Stundenwoche die 51stündige erhalten. An Stelle der radikalsten Redemanschen vor dem Kampf setzen die Reformisten die Kommunistenhebe, um die Spuren ihres Verrates zu verwischen. Diesen Verlaß, die Einheitsfront, die die Arbeiter während des Kampfes gehalten haben, zu zertrümmern, müssen die Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften mit allen Mitteln verhindern.

Der Schritt von der 52- zur 51-Stundenwoche war nicht der letzte, sondern der erste Schritt zur Erringung des Maximalachttundentages. Der Kampf muß weitergeführt werden, bis das von den Arbeitern geforderte Ziel erreicht ist. Neben dem Kampf um die Arbeitszeit steht der Kampf um höhere Löhne und um die Regelung der Ferienfrage in Leipzig. Im übrigen stehen die Frage des Manteltariffes mit seinem gesamten Inhalt für die Metallarbeiter zur Tagesordnung. Die Ar-

beiter — nicht nur die der Metallindustrie — müssen aus dem vergangenen Kampfe die Lehren ziehen. Der Verrat der Reformisten und ihre in verhärtetem Maße durchgeführte Kommunistenhebe darf nicht dazu führen, daß die Arbeiter sich als Geschlagene betrachten. Sie müssen ihre eigenen Reihen stärken, nicht Ausstritt aus den Gewerkschaften, sondern der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin hinein in die freien Gewerkschaften.

Neue Aussperrungen drohen. Kein Arbeiter, er mag noch so sehr auf den Verrat der Reformisten schimpfen oder er mag glauben, als Unorganisierter von den Unternehmern gestohlt zu werden, ist vor der Offensive der Unternehmer sicher. Rückhaltlos haben die Unternehmer alle auf die Straße geworfen, rücksichtslos werden sie durch gesteigerte Ausbeutung die in Leipzig erlittene Schlappe auszumerzen versuchen. Hier gilt es, die Abwehr und für den Kampf um die Befestigung des Manteltariffes den Erfolg zu organisieren.

Aber nicht nur als Beitragszahler dürfen die Arbeiter in die Gewerkschaften, sondern sie müssen in den Gewerkschaften an Stelle der gegenwärtigen reformistischen Führung eine Führung erkämpfen, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht. „Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie“ werden die Arbeiter immer zur Niederlage führen. Nur auf dem Boden des schärfsten Klassenkampfes ist es möglich, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Nur wenn die Arbeiter diese Lehren aus dem Metallarbeiterkampfe um die 48-Stundenwoche ziehen, wird es möglich sein, den jetzt erlittenen kleinen Erfolg zu halten und ihn im Laufe der nächsten Zeit im Kampfe gegen die Reformisten und gegen die Unternehmer zu einem vollen Erfolge für die Arbeiter auszugestalten.

Nieder mit der Kommunistenhebe! Fort mit dem Reformismus!

Für die Einheitsfront aller Arbeiter gegen die Unternehmer!

Für den weiteren Kampf um die 48-Stundenwoche, für höhere Löhne und längere Ferien!

Wissenwertes zur Betriebsrätewahl

Was muß der Betriebsrat tun?
Den Wahlvorstand wählen.

Was muß der Wahlvorstand tun?

1. Feststellen, wieviel Arbeiter und Angestellte vorhanden sind.
2. Danach die Stärke und Zusammenlegung des Betriebsrats und der Gruppenräte berechnen.
3. Ein Wahlhaus schreiben lassen.
4. Wählerlisten aufstellen, getrennt nach Arbeitern und Angestellten.
5. Eingereichte Vorschlagslisten prüfen. Mängel durch den Listenvertreter beseitigen lassen. (Ueber Wahlberechtigung und Wählbarkeit geben die beiden letzten Absätze Aufschluß.)
6. Wahlumschläge, Stimmschleusen vom Unternehmer befragen lassen.
7. Nach Feststellung des Wahlergebnisses die Gewählten benachrichtigen.
8. Das Ergebnis durch Aushang bekanntgeben.
9. Eine Niederschrift über die Wahl und das Resultat herstellen.
10. Die Gewählten zur ersten Sitzung einladen.

Was müssen die Verbandsfunktionäre in den Betrieben tun?

1. Sich mit den Angestellten über eine gemeinsame Wahl verständigen.
2. Die Fristen genau beachten. (Vom Tage des Wahlausstreichens an.)
3. Die Wählerlisten prüfen. Bei Anständen innerhalb drei Tagen Einspruch erheben.
4. Nur Bewerber aufstellen, die sich verpflichten, die Beschlüsse der Gewerkschaftsleitung zu beachten.
5. Innerhalb sieben Tagen eine Vorschlagsliste einreichen.
6. In größeren Betrieben Stimmschleusen besorgen.
7. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überwachen.
8. Die Wähler zur Stimmenabgabe anhalten.

Was muß der Wähler tun?

1. Nachsehen, ob er in der Wählerliste steht.
2. Sich einen Wahlumschlag besorgen.

3. Rechtzeitig seine Stimme abgeben.
4. Nur bewährte und zuverlässige Kandidaten wählen.
5. Alle Betriebsversammlungen besuchen.

Wo und wie wird ein Betriebsobmann gewählt?

Ein Obmann wird in solchen Betrieben gewählt, die in der Regel weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens fünf wahlberechtigt und drei wählbar sind.

Wenn solche Betriebe mindestens fünf wahlberechtigte Arbeiter und fünf wahlberechtigte Angestellte beschäftigen, so kann ein gemeinsamer Betriebsobmann gewählt werden. Ist eine Einigung der Mehrheit beider Gruppen nicht zu erzielen, so wählen Arbeiter und Angestellte je einen Betriebsobmann.

Wo noch kein Betriebsobmann gewählt ist, muß die Belegschaft den Unternehmer veranlassen, einen Wahlleiter (den ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmer) zu beauftragen. Wo ein Betriebsobmann vorhanden ist, beauftragt dieser eine Woche vor Ablauf seiner Wahlzeit als Wahlleiter den ältesten Arbeitnehmer des Betriebes. Der Wahlleiter beruht eine Betriebsversammlung an, und in dieser läßt er Vorschläge machen für einen Betriebsobmann. Von den Vorgesetzten wird nun mittels Stimmschleusen in geheimer Wahl (Briefumschläge) der Obmann und ein Stellvertreter gewählt, und zwar ist derjenige als Obmann gewählt, der die meisten Stimmen erhält, der die zweitmeisten Stimmen erhält, ist Stellvertreter. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das Wahlergebnis ist zwei Wochen (vom Wahltag an) auszuhängen.

An der Betriebsversammlung können alle im Betrieb Tätigen teilnehmen, auch Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen.

Wählen dürfen jedoch nur die männlichen und weiblichen Arbeitnehmer des Betriebes, die mindestens 18 Jahre alt sind und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Als Obmann (oder Obmännin) kann nur gewählt werden, wer 24 Jahre alt, Reichsbürger, nicht mehr in Berufsausbildung ist und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbezweig oder dem Berufszweig angehört, in dem er tätig ist.

Er schrieb irgend etwas in sein Notizbuch und fuhr dann, ohne den Kopf zu erheben, abwechselnd in zwei Richtungen sprechend, in seiner Rede fort. Er sprach unbestimmt und besorgt, wenn er die Karten zählte, deutlich und rasch dagegen, wenn er Jewssej instruierte.

„Die Revolutionäre sind Feinde des Zaren und Gottes... Kato Jehn und Drei, Wit Fube... Sie sind von den Deutschen bestochen, um Rußland zu zerstören... Wir Russen haben begonnen, alles selbst zu fabriken, und die Deutschen... Kömp, Fink, Reun, hol's der Teufel! Das sechzehnte Zusammenreffen...“

„Er wurde plötzlich müde, seine Augen blinzelten, und auf seinem Gesicht spiegelte sich irgend etwas Weiches, Zurückgezogenes.“

„Woan habe ich gesprochen?“ fragte er Jewssej, während er ihn ansah.

„Von den Deutschen...“

„Ah ja. Die Deutschen — das sind gierige Menschen. Sie sind Feinde des russischen Volkes, wollen uns unterjochen, wollen, daß wir alles, jede Ware bei ihnen einkaufen und ihnen unter Getreide abgeben — die Deutschen haben nämlich kein Getreide... Kato Dame... sehr gut! Couz Jehn...“

„Die Augen halb schließend, blinzelte er zur Zimmerdecke empor, lauzte und mischte die Karten.“

„Meberhaupt — alle Ausländer neiden Rußland seinen Reichtum und seine Macht... Zwischenberühmtesten Spiel... Sie suchen bei uns Meistereten zu veranstalten... den Zaren zu stürzen und... drei Ahe... hm... nun, und überall ihre Herrschaft, ihre Regenten über uns einzusetzen, um uns zu barbarisieren und zu ruinieren... Das willst du doch auch nicht, wie?“

„Rein, das will ich nicht!“ sagte Jewssej, ohne zu verstehen, um was es sich handelte, und folgte mechanisch den Weichenbewegungen seiner Finger.

„Nun, ja... das will niemand!“ sagte Peter nachdenklich, teilte von neuem die Karten aus und rief sich nachdenklich die Bode.

„Du bist ein Russe, und kannst nicht wollen, daß... daß das geschieht... Darum müßt du mit den Revolutionären kämpfen, die Agenten der Ausländer sind, indem du die Freiheit Rußlands, die Macht und das Leben des Herrschers verteidigst. Das ist alles. Verstanden?“

(Fortsetzung folgt.)

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(33. Fortsetzung.)

„Filipp Filippowitsch nicht mit dem Kopfe; sein unbewegliches, wie aus Holz geschnittener Bart verlor sich dabei, und er brachte Jewssej die weiße, runde Hand mit den goldenen Ringen an den kurzen Fingern hin. Jewssej schloß die Augen und tat einen Schritt zurück.“

„Was für ein Feigling bist du doch, mein Lieber!“ rief Filipp Filippowitsch mit seiner feinen Stimme und ließ ein überredendes Lachen hören. „Jetzt hast du nichts und niemand mehr zu fürchten, du bist jetzt ein Diener des Zaren und mußt ruhig und mutig sein... Jetzt siehst du auf festem Boden — verstanden?“

Als Jewssej auf die Straße trat, stockte ihm der Atem — er schwanke und wäre beinahe gefallen. Sein Begleiter schlug den Kragen seines Valetots hoch, schaute sich um rief mit einer Handbewegung eine Droßke herbei und sagte leise:

„Fahr mich nach Hause, du weißt...“

Jewssej schaute ihn von der Seite an und hätte beinahe aufgeschrien: auf dem glatteharten Gesicht Peters war plötzlich ein kleiner, heller Schnurrbart gewachsen.

„Nun, was sprichst du den Mund auf?“ fragte Peter ungeduldig, als er Jewssejs Erröten bemerkte. Jewssej ließ den Kopf sinken und gab sich Mühe, dem neuen Herrn seines Schicksals nicht ins Gesicht zu sehen.

Der hatte inzwischen die ganze Zeit über, während sie saßen, schweigend dageessen und irgend etwas an den Fingern herumgedreht, wobei er einen Finger nach dem anderen einbog. Er zog hinter die Brauen zusammen, bis sich in die Lippen und viel von Zeit zu Zeit dem Kutsher ärgerlich zu:

„So fahr doch schneller!“

Es regnete und schneite in der Luft schwebten feuchte Wolken; es war kalt, und es schien Jewssej, daß das Gesicht die ganze Zeit über von einem steilen Berge schnell in eine dunkle, schmutzige Schlucht hinabrollte. Sie hielten vor einem großen, dreistöckigen Hause. Zwischen den drei Reihen blinden, dunkler Fenster blinkten ein paar Scheiben, die von innen durch ein

matig gelbes Licht erleuchtet wurden. Vom Dache ergossen sich schluchzende Wasserbäche.

„Geh nach oben!“ kommandierte Peter. Er war sehr müde ohne Schnurrbart.

Sie schritten die Treppe empor und gingen lange durch einen endlosen Korridor, an weißen Türen vorbei. Jewssej dachte, es sei ein Gefängnis, doch widersprach dem ein scharfer Geruch von gebratenen Zwiebeln und von Schmalz, der sich mit der Vorstellung eines Gefängnisses nicht in Einklang bringen ließ.

Peter öffnete hastig eine der weißen Türen. Sieh in dem Zimmer, das er betrat, zwei elektrische Lampen aufstammen, spähte aufmerksam in alle Winkel und begann, während er seine Oberkleider ablegte, geschäftig rasch, in trockenem Tone, zu reden.

„Sollte man dich fragen, wer du bist, so antworte, du seist mein Vetter aus Jaroskoje Seio und wollest dir eine Stelle suchen. — Weß dir's, und versprich dich nicht.“

Sein Gesicht war erregt, seine Augen anfröh, die Redeweise abgebrochen; die schmalen Lippen verzogen sich und zuckten die ganze Zeit über. Er zog die Glocke, öffnete die Tür, steckte den Kopf auf den Korridor hinaus und rief:

„Den Samowar, Ivan!“

Jewssej stand niedergebückt im Winkel des Zimmers, sah sich darin um und erwartete irgend etwas.

„Zieh dich aus und leh' dich!“ sagte Peter zu ihm. „Wohin wirst du im antwortenden Zimmer...“

Er knippte eilig einen Kartentisch auseinander, nahm aus der Tasche ein Notizbuch und ein Spiel Karten und lud, nachdem er sie an vier „Partner“ verteilt hatte, ohne Klimkow anzuhäuten, fort:

„Du begreiffst natürlich, daß unter Dienst ein Geheimnis ist. Ich will uns verstehen, sonst schlägt man uns tot, wie man jetzt Putzisch erschlagen hat.“

„Nun hat ihn erschlagen?“ fragte Jewssej leise.

„Nun ja!“ sagte Peter gleichgültig.

Er schaute, sich die Seiten wählend, die ausgelegten Karten.

„Spiel tausendweihundertundsechzig... ich habe Couz Ah und Sieben, Treff Dame...“

Wegweiser für günstigen Einkauf und Verkehr

Dresden-Neustadt

Modewarenhaus B. Rabe
Zilligstraße 3

Konditorei und Kaffee
„SAXONIA“
Hermann Kaul, Oschatzer Straße 13

Musik-Noack
Bürgerstraße 8
ist immer am billigsten

**Hommel's
Schokoladenhaus**
Ede Zengauer und Bürgerstraße
Telephon 20423

Grenadiersstraße Selbmann's Kakao und Pillen

Lichtspieltheater „Goldenes Lamm“

Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel
Sonntags große Kindervorführung
Beginn: Wochentags 8 und 1/2 Uhr, Sonntags 4, 8 und 1/2 Uhr

Löwen-Drogerie
Mar Schiller Zengauer Straße 4
R. Thomschke
Mailstraße 10 - Schrepperstraße - Schützen

Paul Müller, Alaunstraße 13
Seifen und Parfümerien
Drogen, Farben E. Stephan
Fichlenstraße 8b

Walter Kolbe
Uhren - Goldwaren - Optik
Leipziger Straße 218

Fleischer Tapetenhaus
Bürgerstraße 28
Tapeten - Linoleum - Wandstucke

Damen- und Herrenhüte
direkt in der Fabrik
Leipziger Straße 112

Bettfedernhandlung
„Goldne Gans“
R. Schilling
Leipziger Str. 50

Bettfedern, Daunen, Inletts, fertige Betten, Dampf-Bettfedernreinigung

Weiß & Lederer
Bischopsplatz 6
Arbeiter-Kleidung Herren-Artikel

Sport-Trikotagen-Kaden
Zengauer Straße 33 Fernsprecher 12807

Dresden-Alstadt

Regenmäntel - Klinik
E. FOHL
Annaberger Str.

übernimmt jede Reparatur sowie Neu- anfertigung von Regenmänteln
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

BELLEVUE
Feine, Saubere, Saure
FEINER BALL
Welferstraße 27

Drogerie zum weißen Kreuz
ALFRED SACHSENRODER
Kesselsdorfer Straße 24

Wenn's niemand macht!
Oswald Machtski
Hauptflöter: Kaulbachstr. 31, 1. Etage
Telephon 11111

MÖBEL
aller Art
Große Auswahl — Billige Preise
Günstige Zahlungs-Bedingungen

**Ueberall das vorzügliche
Dresdner Genossenschafts-Pilsner**

Wurstschneider
Fleisch- und Wurstwaren
Frühstücksstube
Friedrichstr. 10

Rauchtabak Zigarren
empfehlen
A. GERSTEN
Welferstr. 5

Gasthaus „Stadt Braunschweig“
empfiehlt seine Lokalitäten

Verlangt überall unsere hochreinste Margarine
Marke Eigelb
mit dem roten Koch in Konsumverpackung erhältlich
Vereinigter Fettstoff A.-G. Dr.-Leuben

Leder-Ausschnitt und Schuhbedarfsartikel
Licht aus gut und preiswert
Am See 32, Ecke Kleine Plauenische Gasse
Filiale: Lübtow, Kesselsdorfer, Ecke Reiser Str.
Emil Göbel, Lederhandlung

H. Schmidt
Bismarckstraße
Ede Zengauer
Drog., Weiß- und Feinbäckerei

Carl Lingke
Welferstraße 4
Gebrüder 1831 Gebrüder 1848
Böhmische Bettfedern, Daunen, Inletts

Stoffe für Herren u. Damen
Hermann Scholz
Martenstraße u. Eingang Petrusstr.
Schuhwarenhaus
Hermann Mühnel, Warthener Straße 23
Makarbeit / Reparaturen

Wäsche
Leinen- und Baumwollwaren, Inletts
Bettfedern, Strohmatten, Trikotsachen
Reckel & Baftermann
Pillnitzer Straße, Ecke Cranachstr.
Dautzner Str., Ecke Wehltaubenstr.
Ohlo Bürger
Schneiderei - Schneiderei
Friedrichstr. Ecke Zilligstraße

Wurstschneiders Frühstücksstube
Welferstraße 4
Leichte Gerichte - Suppen - Desserts
Lebensmittel - Obst - Getränke
Telephon Nr. 21962
Feinstes Aufschnittgeschäft!

A. Börner
Reitbahnstraße 12
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

ILOS
Durch eigene Herstellung
Verkauft ohne Zwischen- handel
reguläre
4-5 Pfl. Zigarette
2 1/2 Pfl.
Pa. Zigaretten u. Tabak
Zigarettenfabrik
„MILOS“
Jahres- / Wochenscheine
Anzahl von 1000
und 10000 Stück

Inseriert in der Arbeiterstimme!

Dresden-Löbtau

MAX HERZOG
Verkaufsniederlage der Dresdner
Probieren- u. Korrespondenz-Fabrik
(Strasack)
Kesselsdorfer Straße 19
Spezialgeschäft für Weine,
Spirituosen und Liköre

Woldemar Opitz
Schillingstraße 7
Fleischer!

BÜRGERGARTEN
Gasthof und Billard
Verkaufsstelle der Dresdner Arbeiterkassette
Freud- und Sonntags: Moderner Ball
Lübecker Straße 16

Oscar Grundmann
Kesselsdorfer Straße 19
Feinkost, Wild und Geflügel

Ostendorfer-Okrilla

Arthur Wirth
Günstige Einkaufsstelle
in Textilwaren jeder Art

Gustav Weinhold
Schneid- und Wollwaren

Bruno Zimmermann
Radeburger Straße
Fleisch- u. Wurstwaren

Herrmann Krüger
Kolonialwaren - Lebensmittel

Gasthaus zum Bahnhof
Alfred Gühr
bette Einkehrstätte der Arbeiterschaft

Kreuz-Drogerie - Fritz Jackel
Drogen, Farben, Parfümerien
Spirituosen - Säuerchen

Klotzsche-Heilerau
Putzgeschäft, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Johanna Claus, Dresden Straße 8

Reformgeschäft, Vogel, Gaststätte
Rudolf Stephan
Bismarck Weg, hinter d. Anstaltsplatz

Striesan-Blasewitz I

Glashütter Hof
Fritz Kümmel und Frau

Schuhreparatur-Werkstatt
E. Kuchta, Zausenitzer Straße 34

Bier- und Delikatessen-Handlung
Arthur Gelfert
Wittenberger Straße 90 / Telephon 30219

Fleisch- und Wurstwaren
Bietet am bestenwertesten
Emil Otto, Schandauer Str. 61

Konzert-Kaffee „Riese“
Bismarckstraße, gegenüber der Theaterstraße
empfiehlt seine Lokalitäten
Vereinszimmer

Löbnergarten
Christoph Witschas
Zugburger Str. 16 / Fernruf 30123

Max Gühne
Bäckerei und Konditorei
Augsburger Straße 92

Lebensmittel • Elektrische
Zünderstr. 104
21. Zimold, Radeborfer Straße 104

Gasthof Blasewitz
Freitag und Sonntag
Feiner Ball

Paul Melle
Fleischermeister
Altenberger Straße 28

Restaurant Blauenwaldthof
Bismarckstr. 31 750
Vertretung der Arbeiter

Scottisch- und Delikatessenhandlung
KURT WENDLER
Residenzstr. 34 gegenüber dem Rathaus
Fernsprecher 31 710

Regina-Lichtspiele
Augsburger Straße 12
Telephon 32695
Jeden Dienstag und Freitag
Programmwechsel
Beginn: Wochentags 8 und 1/2 Uhr
Sonntags 4, 8 und 1/2 Uhr

Wiesers Fahrradhaus
Wittenberger Straße 118
Erstklassige Fahrradwerke und Fahrradteile
Welfer- straße 3-5 M., Anschluss 11 M., Sonntags Auslieferung

**Zum Besuche der Kernlederohren
sowie (Kml.) Schuhbedarfsartikel**
empfiehlt sich billig

Wiederhandlung, Augsburger Straße
Ede Zengauerstraße

Eduard Menzel
Kauf-, Zigarren-, Demoskopiermeister
Bismarckstr. 1

Moritz Müller
Zugführer u. Möbeltransport
Zug- und Rohlenhandlung
Wasserrückstraße

Erdkugel
Markgraf-Heinrich-Platz
Telephon 12181

Emil Krause
Lauensteiner Straße 13
Holz-, Kohlen- und Drikett-Handlung
Lieferanten der Fabrikanten zu werden erwünscht

Freita-Zuckerode

C.Z. Café Zimmermann
Bäckerei, Konditorei

Freit I. Nieder-Ablich
A. Erhard
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Coschütz
Paul Sparmann
Kolonialwaren / Kaffee / Feinmehl
5% Rabatt

Tharand
Zeitschriften

Academische Buchhandlung
Papiere- u. Schreibwaren

Arthur Sterl
Zabergemeindefleisch und Delikatessen
31. August 1919

Gründliche Bäckereiverfahren
Brot & Gebäckwaren ufm.

Konditorei und Kaffee
„Bürgerkasino“
(Robert Echner)

Ernst Binneweg
Weiß- und Feinbäckerei
Filiale: Dehnen, Hauptstraße

Qualitätskaffee
stets frisch

Hellmuth Pilz
vordem Sorge

Freita-Burak
MAX LIPPOLD
Weiß- und Feinbäckerei
Schokoladen - Zuckerwaren

M. Knobloch
Burgker Straße 44 - Am Huthaus
En gros, Zig., Zigaretten, Tabak En detail

Richard Erhard
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

**MANIFAKTURWAREN
DAMENKONFEKTION**
Paul Herrmann

Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garls
Thams & Garls Kaffee ist der beste

D. Gedthener, Gutenbergr. 1
Herrenhüte, Mützen, Mäntelwaren

Freita-Dauben
Zigarrenhaus F. Münz
Zigarren - Zigaretten - Lebkuchen
en gros en detail

Oskar Schulze
Wehlstraße 4
Kolonialwaren, Gemüse, Obst

Oswald Padelt
Bäckerei, Konditorei
und Café
Schandauer Str. 79
Telephon 31708

Wehlener Hof
Wehlener Straße
Ede Zengauerstraße
H. Bier / Gute Küche
Fernsprecher 30430

**Vereinshaus
Blasewitz**
Ernst Adler
und Frau

Pau' Hörmann
Produktionsgeschäft
Eibenburger Str. 5

Inserate
in der
**Arbeiter-
stimme**
haben
großen
Erfolg

**Arbeiter-
stimme**
haben
großen
Erfolg

**Arbeiter-
stimme**
haben
großen
Erfolg

**Arbeiter-
stimme**
haben
großen
Erfolg

**Arbeiter-
stimme**
haben
großen
Erfolg

Tagel...
Beflage...
3. Zahl...